



Heinz-J. Bontrup

Der diskreditierte Staat. Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen

75 Seiten, 5 Euro
pad-Verlag/Bergkamen

Staffelpreis bei Direktbestellung:
ab 5 Expl. 4,50 Euro/St., ab 10 Expl. 4.--/Euro/St.
pad-verlag@gmx.net

Inhalt:

Einleitung und Problemaufriss - Allgemeine neoliberale Doktrin gegen den Staat - Echte und unechte Staatsquoten differenzieren - Der Staat ist in Deutschland chronisch unterfinanziert - Staatsverschuldung und ihre Fehlinterpretationen - Den Schulden steht immer gleichviel Vermögen gegenüber - Auch das Ausland hilft letztlich nicht - Rettungsschirme und Eurobonds greifen zu kurz - Alternativen sind überfällig - Literatur

„Der seit Mitte der 1970er Jahre immer mehr geführte massive Angriff auf den Staat, genauer gesagt auf den verfassungsrechtlich verankerten Sozialstaat, und seine Verschuldung, wird von neoliberalen Interessenvertretern geschickt geführt. Sie nutzen ein allgemein in der Gesellschaft bestehendes (gesundes) Misstrauen gegen staatliche Obrigkeit und womöglich auftretender staatlicher Verschwendungssucht aus, die die Bürger mit hohen Steuern und Abgaben zu finanzieren haben und/oder in Staatsverschuldung münden. Der Staat wird hier in Verbindung mit Bürokratie, Gängelung und privater Freiheitseinschränkung gebracht. So verfängt sich in der breiten Bevölkerung – schichtenübergreifend – leicht der Eindruck, dass die Staatsquote zu hoch und der Privatisierungsgrad zu niedrig sei oder der Staat sich auf Kosten zukünftiger Generationen verschulde. Dies machen sich neoliberale Apologeten und Ideologen zu Eigen und rufen populistisch nach einer Entbürokratisierung sowie nach Steuer- und Abgabensenkungen.“ (Heinz-J. Bontrup)

Die vorliegende Veröffentlichung ist eine wichtige Hilfe zur aktuellen Auseinandersetzung um Schuldenbremsen und der staatlichen Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben. Sie analysiert und kritisiert die ideologischen Positionen vor allem jener, die keinerlei staatlicher Absicherung und Einkommensumverteilung bedürfen um in Wohlstand und Sicherheit zu leben.

Der Beitrag war im Wesentlichen die Grundlage für den Autor in Anhörungen als Sachverständiger im Landtag von Nordrhein-Westfalen und im Niedersächsischen Landtag zur geplanten gesetzlichen Verankerung einer „Schuldenbremse“ in den jeweiligen Landesverfassungen.

Prof. Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup arbeitet als Hochschullehrer für Wirtschaftswissenschaften an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen und ist Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik („Memorandum-Gruppe“)

Heinz-J. Bontrup:

Schulden- oder Reichtumbremse? - Einleitung und Problemaufriss aus „Der diskreditierte Staat. Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen“

Der Staat in Deutschland ist seit der schweren Wirtschaftskrise 1974/75 unter zunehmenden Druck geraten. Zwar wurde er schon immer, mehr oder weniger, von denjenigen kritisiert, die *keiner staatlichen Absicherung und Einkommensumverteilung* bedürfen, um in Wohlstand und Sicherheit zu leben, und insbesondere die Unternehmer hatten schon immer etwas gegen die staatliche Einschränkung des *Warencharakters der Arbeitskraft* und gegen eine *Regulierung des Arbeitsmarktes*.

Dennoch wurde im Nachkriegsdeutschland ein *Sozialstaat* auf- und zunächst auch ausgebaut. Geringere Wachstumsraten, ansteigende Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung, zu einem Großteil durch eine *neoliberale Wirtschaftspolitik* mit verschuldet, sowie eine weltweit forcierte und ebenfalls neoliberal ausgesteuerte *Globalisierung* und *Liberalisierung* haben die nationalen Wirtschafts- und Sozialräume immer mehr dem *Wettbewerb* um die günstigsten Verwertungsbedingungen des Kapitals unterworfen (Flassbeck 1999: 1.450). An der Umsetzung dieses kapitalfreundlichen Kurses war die jeweils herrschende deutsche Politik massiv beteiligt. Übrigens viel mehr als die Politik in anderen EU-Staaten. Deutschland gehört heute nicht mehr zu den großzügigsten europäischen Staaten in Sachen *Sozialpolitik*, sondern ist im Vergleich mit den 14 alten EU-Staaten, insbesondere nach dem Regierungswechsel von Helmut Schmidt (SPD) auf Helmut Kohl (CDU) im Herbst 1982, weit zurückgefallen und belegt in der Zwischenzeit höchstens noch im unteren Mittelfeld Platz acht oder neun.

Hinzu kam in Deutschland die *Wiedervereinigung*. „Durch das Verlagern von Teilen der finanziellen Vereinigungsfolgen in den Bereich der *Sozialversicherung* wurde das System der solidarischen Absicherung über Gebühr beansprucht und damit in *Misskredit* gebracht. In keiner Versicherung ist es möglich, nach Eintritt des Schadens Mitglied der Versicherungsgemeinschaft zu werden. Nachdem der gesetzlichen Sozialversicherung dieses aber zugemutet wurde und sie in finanzielle Engpässe gekommen ist, wird das System der sozialen Absicherung in Frage gestellt. Dies heißt aber, den Sachverhalt auf den Kopf zu stellen“ (DIW-Wochenbericht 1997: 729).

Wesentlich für die Krise des Staates ist aber die *allgemeine Wirtschaftskrise* des entwickelten Kapitalismus, die langfristig betrachtet insbesondere eine *Krise am Arbeitsmarkt* ist. Diese hat letztlich den *Sozialstaat* unterspült und die *Gewerkschaften* im Sinne des Kapitals geschwächt (Negt 2004). Über 35 Jahre Massenarbeitslosigkeit, eine Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu Lasten von Normalarbeitsverhältnissen und eine strikte Lohn- und Leistungsbezogenheit (Äquivalenzprinzip), sowie Barrieren gegen soziale Egalisierungstendenzen¹, haben zu einer massiven *primären und sekundären Umverteilung von unten nach oben* (vgl. Kap. 6)

¹ Dazu zählen Beitragsbemessungsgrenzen, Versicherungspflichtgrenzen und Freistellungen prekärer Beschäftigungen von der Sozialversicherungs- und Steuerpflicht.

und zu einer stark gestiegenen *Armut*² geführt. Dennoch soll in neoliberaler Manier die Umverteilung zu den Reichen weitergehen und der *Sozialstaat* weiter beschnitten werden. Dazu sei die *Staatsquote* (vgl. Kap. 3) unter 40 v.H. zu senken, so die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 2002. Dem stimmte der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Michael Rogowski, sofort zu (Roth 2003: 475). Auch die SPD wollte eine „entschlossene Konsolidierung der Staatsfinanzen und mutige Steuerentlastungen“ durchsetzen (Bundesministerium der Finanzen 2002), sonst drohe „die ›Soziale Marktwirtschaft‹ in eine ›Soziale Staatswirtschaft‹ überzugehen“ (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2000: 10). Die FDP, schon immer eine Partei, die gegen den Sozialstaat wettete, ging darüber noch weit hinaus und forderte in ihrem Wahlprogramm 2002, die Staatsquote mittelfristig auf ein Drittel des Sozialprodukts zu kürzen

Mit der von Gerhard Schröder (SPD) und Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) eingeleiteten *Agenda 2010* wurde dann ab 2003 die „Entstaatlichung“ (Peter Bofinger) endgültig umgesetzt und der bisher schärfste Sozialabbau seit dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik praktiziert. Auch im 2009 abgeschlossenen Koalitionsvertrag „Wachstum, Bildung, Zusammenhalt“ zwischen CDU/CSU und FDP steht geschrieben, dass das Ausgabenwachstum der Staatsausgaben künftig unter dem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts zu liegen hätte. Also auch hier fordert man, allerdings ohne eine exakte Zahl zu nennen, eine drastische Rückführung der Staatsquote. Und vor dem Hintergrund der 2007 ausgebrochenen größten weltweiten *Finanz- und Weltwirtschaftskrise* seit 80 Jahren (Bontrup 2011a), und der in Folge stark angestiegenen Staatsverschuldung, verlangt der amtierende BDI-Präsident, Hans-Peter Keitel, von der Bundesregierung ein *staatliches Sparprogramm im Bereich der Sozialsysteme*.³

Fast alle Politiker und Parteien – nicht nur in Deutschland – kritisieren mittlerweile die *Staatsverschuldung* und nehmen dabei den Sozialstaat in „Geiselnhaft“. Unterstützt werden sie von den *Medien* und einer *neoliberal herrschenden Mainstream-Ökonomie* (Marquardt 2010, Elsner 2011). Die erreichte Höhe der Staatsverschuldung sei unerträglich und man müsse ihr mit einem drastischen Kürzungs- und Konsolidierungsprogramm entgegentreten. Um die Verschuldung in Deutschland einzudämmen forderten 2005 die Ministerpräsidenten von Sachsen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, Georg Milbradt (CDU), Christian Wulff (CDU) und Kurt Beck (SPD), einen „nationalen Anti-Schulden-Pakt“. Im Grundgesetz müssten Strafen für Überschreitungen bestimmter Obergrenzen festgeschrieben werden.⁴ Statt die Bekämpfung der *Massenarbeitslosigkeit* in Deutschland in den Mittelpunkt zu stellen⁵, gab auch die Große Koalition von CDU/CSU und SPD der Sanierung der öffentlichen Haushalte oberste Priorität. Keynesianische antizyklische Konjunktur- und überzyklische Beschäftigungsprogramme zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, die die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik seit der Wirtschaftskrise 1975 fordert, seien überholte wirtschaftspolitische Instrumente, die als „Strohfeuer“ verpuffen würden. Im Hinblick auf die 2005 aufgelaufene Staatsverschuldung von über

2 Knapp 16 v.H. der Menschen in Deutschland, das sind gut 13 Millionen, sind arm. Sie haben als Alleinstehende weniger als 930 Euro im Monat und eine vierköpfige Familie kommt auf 1.700 Euro. Diese Angaben stehen im Sozialbericht und gelten für 2009. Danach wurde noch von der „schwarz-gelben“ Koalition das Elterngeld für ALG-II-Bezieher/innen gestrichen (Statistisches Bundesamt 2011).

3 Vgl. Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 2. November 2009, S. 2.

4 Vgl. Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 17. Dezember 2005, S. 2.

5 An der Vergrößerung der Arbeitslosigkeit sind heute zu allem Überfluss auch noch die *öffentlichen Arbeitgeber* mit massiven *Personalentlassungen im Staatssektor* beteiligt.

1.465 Mrd. Euro und einer Schuldenstandsquote bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt von 65 v.H. sowie einer Staatsquote nahe von 50 v.H. könne nicht weiter staatlich in den *Marktmechanismus* interveniert werden. Dies sei, auch vor dem Hintergrund einer *global gewordenen Ökonomie*, völlig utopisch – weil nicht (mehr) marktkompatibel und finanzierbar. Man müsse sich endlich auf die „*Selbstheilungskräfte der Märkte*“ einlassen, den „schlanken“ Staat durchsetzen und weitere noch radikalere angebotsorientierte „Reformen“ zur Befriedigung von einseitigen Kapitalinteressen anstoßen. Mit der „*Agenda 2010*“ bzw. den so genannten „Hartz-Gesetzen“ seien zwar schon die richtigen Schritte eingeleitet worden, diese gingen aber längst noch nicht weit genug. Weitere Maßnahmen an den „inflexiblen“ Arbeitsmärkten zur Beseitigung der so genannten „*Mindestlohnarbeitslosigkeit*“, die Löhne oberhalb eines markträumenden Gleichgewichtslohns festzuschreiben würde, und mutige Schritte zur Sanierung der Staatsfinanzen müssten folgen.

Trotzdem musste aber die „schwarz-rote“ Bundesregierung, und auch die 2009 folgende und noch amtierende „schwarz-gelbe“ Regierung, entgegen ihrer wirtschaftspolitischen Interessen, in Anbetracht der schweren *Finanz- und Wirtschaftskrise*, auf Kredit finanzierte *Antikrisenprogramme* auflegen (von der Vring 2010, S. 26f.) und die Krisenzeche bezahlen (Dullien, von Hardenberg 2011). Die neoliberalen „Brandstifter“, die noch kurz zuvor vom Staat und von einem *antizyklischen keynesianischen deficit-spending* nichts mehr wissen wollten (Bontrup 2006), wurden zu „bastardkeynesianischen“⁶ Feuerwehrleuten (vgl. dazu auch Kap. 9). Eine kurzfristige Alternative gab es dabei nicht. Ansonsten hätten die Regierenden der Welt die „*kapitalistische Kernschmelze*“ riskiert.

Kurz vor der Abwahl der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD hatte dennoch Mitte 2009 die „schwarz-rote“ Mehrheit im Bundestag und Bundesrat eine „*Schuldenbremse*“ zur Eindämmung der Staatsverschuldung im Grundgesetz (Art 109 Abs. 3 GG) verankert.⁷ Auch auf *europäischer Ebene* übernehmen jetzt immer mehr Staaten die weit über den *Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt* hinausgehende deutsche Einengung einer staatlichen Verschuldung und Kreditaufnahme. Eine europäische Umsetzung der „Schuldenbremse“ fordert dabei u.a. auch der Vorsitzende der SPD, Sigma Gabriel (2011), wenn er schreibt: „Statt selbst die staatliche Kreditaufnahme zu reduzieren, wird sie ausgerechnet im Schulmeisterland Deutschland erhöht. Wenn die einmalig günstige Zinssituation in Deutschland nicht dazu genutzt wird, die eigenen Staatsschulden zu senken, sondern stattdessen zu einem Zeitpunkt sehr guten Wirtschaftswachstums, sprudelnder Steuereinnahmen und extrem niedriger Zinsen die Neuverschuldung in den Jahren 2012 und 2013 noch erhöht werden soll, muss das zu Empörung bei denjenigen führen, denen gerade wir pädagogische Anleitungen zum Abbau ihrer Staatsverschuldung geben wollen. (...) Ausgerechnet Deutschland hält es

6 Der Begriff „*Bastardkeynesianismus*“ stammt dabei von der langjährigen Wegbegleiterin von John Maynard Keynes (1883-1946), der Ökonomin Joan Violet Robinson (1903-1983).

7 Demnach darf sich der *Bund* ab 2016 nur noch mit 0,35 v.H. des BIP strukturell verschulden. Die *Bundesländer* ab 2020 überhaupt nicht mehr. Es muss außerdem zu einer symmetrischen Entwicklung kommen, d.h. im konjunkturellen Abschwung ist antizyklisch eine Kreditaufnahme möglich, die aber im Aufschwung sofort wieder abzubauen ist. Auch bei Naturkatastrophen und außerordentlichen Notsituationen ist eine Verschuldung zulässig. „Zu Ausweichreaktionen kann es durch eine Verlagerung der Verschuldung auf andere Haushalte kommen. Nicht berücksichtigt und daher kreativ auslegbar sind die Schattenhaushalte. Sie ermöglichen das Neuverschuldungsverbot zu unterlaufen, so durch Stiftungen des öffentlichen Rechts, Sondervermögen, Fonds, Sozialversicherungsträger oder Private-Public-Partnership (PPP), die beispielsweise kreditfinanzierte Investitionen durchführen. Auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau u.ä. ermöglicht weitere Verschuldungsübertragungen. Damit sie symmetrisch erfolgt, ist ein idealtypischer, sinusförmiger und vorhersehbarer Konjunkturverlauf erforderlich. Hier ist kreatives Auslegen ebenso zu erwarten wie bei Naturkatastrophen/außergewöhnlichen Notsituationen“ (Brümmerhoff 2011: 660).

nicht für nötig, durch den Abbau der Staatsverschuldung in guten wirtschaftlichen Zeiten die Spielräume zu schaffen, die das Land, aber auch Europa bitter nötig haben wird, wenn es zu einem beschleunigten wirtschaftlichen Abschwung kommen sollte.“

Vor diesem Abschwung steht die Welt 2012 längst. Jetzt die Staatsverschuldung abbauen zu wollen, wäre absoluter ökonomischer Unsinn. Wo Deutschland sich im „Zustand guter wirtschaftlicher Zeiten“ befindet, bleibt außerdem das Geheimnis von Gabriel, der offensichtlich vergessen hat, dass unser Land unter *Massenarbeitslosigkeit* und einer *hohen Armutsquote* leidet. Auch sagt er nichts darüber, wie denn der Abbau der Staatsverschuldung finanziert werden soll. Durch *Steuererhöhungen* (hier ist dann die Frage zu beantworten durch welche Steuerarten?) und/oder einer *Senkung der Staatsausgaben*, wo sich sofort auch hier die Frage nach den Kürzungsbereichen stellt. Eins steht jedenfalls fest: „Eine scharfe Austeritätspolitik schädigt, wie aktuell auch in Griechenland zu beobachten, die Steuer- und Abgabenbasis einer Volkswirtschaft erheblich. Ein Zusammenbruch der Wirtschaftsleistung in Verbindung mit Massenarbeitslosigkeit und massiv sinkenden Löhnen kann eben kein Geld in die Kassen spülen. Das Wettrennen zwischen Haushaltskürzungen und der Erhöhung vor allem *indirekter Steuern* einerseits und dem Haushaltsdefizit andererseits geht stets aus wie das Wettrennen zwischen Hase und Igel: Das Defizit ruft immer wieder „Ick bün all dor“, und irgendwann ist die finale Staatskrise da und der Staat ausgeblutet und tot“ (Bartsch 2011: 31).

aus:

Heinz-J. Bontrup: Der diskreditierte Staat. Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen, Bergkamen 2012, S. 5 ff.

Bezug: pad-verlag@gmx.net

75 Seiten, 5 Euro; Staffelpreis bei Direktbezug ab 5 Expl. 4.50 Euro/Str., ab 10 Expl. 4.-- Euro/St.